

„Mit uns bestimmt“

Forderungen der
Bundesvereinigung der
Landesarbeitsgemeinschaften
der Werkstatträte

Zur

UN Behindertenrechtskonvention



Als Frau Döhner – Wieder bei mir anfragte ob ich auf dem Kongress Zukunft Werkstatt einen Vortrag halten würde sagte ich gerne zu.

Sie meinte, ich hätte als Betroffener quasi das letzte Wort.
Meine Freundin entgegnete „Das hast du doch sowieso immer“

Mein Thema heute lautet kurz gefasst:

„Forderungen der BVWR zur UN Konvention“

Vitali Klitschko sagt in einem Werbespot „Schwäääre Kost“.

Bevor ich aber zu den Forderungen komme, möchte ich einen Rückblick wagen und aufzeigen, was wir als Werkstatträte und damit als Betroffene eigentlich bis heute erreicht haben.

Ich muss dazu sagen, ohne Gudrun Stoss aus der Reha Werkstatt Offenburg stünde ich heute nicht vor Ihnen.

Sie war die Initiatorin des Arbeitskreises von Werkstatträten in WfbM für psychisch Kranke in der Region Mittlerer Oberrhein.

Ihr Traum war damals die Orthenau - Halle in Offenburg mit Werkstatträten zu füllen.

Auf diesen Arbeitskreis folgte dann in Baden-Württemberg die Landesarbeitsgemeinschaft der Werkstatträte. Wir haben die erste (und bis jetzt einzige Assistenz), die nur für eine LAG eingestellt wurde.

Auf dem Werkstättentag in Erfurt lernten wir dann die BAG WR kennen.

Für Hans -Joachim Ruschke und mich war sofort klar, dass dort der demokratische Aufbau fehlte.

Unser Ziel war es nun, eine Bundesvereinigung der Werkstatträte zu gründen, die auf den Landesarbeitsgemeinschaften fußt.

Im Jahre 2008 haben wir auch dies erreicht Sie sehen also es hat sich für uns Werkstatträte innerhalb der letzten 10 Jahre so einiges bewegt.

Bei den praktischen Erfolgen sind wir allerdings noch meilenweit von unseren Vorstellungen entfernt.

Der Wahlspruch von Gudrun Stoss, die LAG soll kein Papiertiger sein, konnten wir leider noch nicht so richtig umsetzen. Es sind zwar einige sehr gute Ansätze zu erkennen, aber bis zur Inklusion ist es noch ein weiter Weg.

Im Zuge meiner Tätigkeit wurde ich zu vielen Fortbildungen, in denen es um die Zukunft der Werkstatt geht, eingeladen.

Wenn ich an die Vorstellungsrunden zurückdenke, die liefen dann so ab:

Ich bin Herr soundso von der Organisation XY

Ich bin Frau ... von Verband...der ...

Als ich dann an die Reihe kam habe ich dann gesagt:

“Und ich bin der Exot, ich bin der Betroffene.“

Wir wollen bei diesen Anlässen keine Exoten mehr sein. Es soll Normalität sein, dass wir Werkstatträte unsere Interessen selbst vertreten.
Bundesweit sind zur Zeit 14 Landesarbeitsgemeinschaften der Werkstatträte gegründet. Um unabhängig arbeiten zu können brauchen wir aber auch auf Landesebene eine solide Finanzierung, damit wir unsere Arbeit als Werkstatträte auch machen können.

Wir in BW haben dort als Vorreiter eine gute Finanzierung über die Mitgliedsbeiträge bekommen. Leider sind noch nicht alle Werkstätten in BW Mitglied.
Ich habe mit Herrn Scheibner, einem der neuen Vorsitzenden der LAG WR, gewettet, dass er es in seiner Amtszeit nicht schafft, dass alle Werkstätten in BW Mitglied sind.

Liebe Anwesende.
Helfen Sie mit, dass Herr Scheiber diese Wette gewinnt.
Wir sagen doch in BW in einem Werbespot
„Wir können alles außer Hochdeutsch.“

In Rheinland Pfalz geht man bei der Finanzierung der Werkstatträte einen anderen Weg.

Denn in Rheinland-Pfalz - und das ist einmalig in der Bundesrepublik - gibt es Geld für die Arbeit der Werkstatträte: 15 Cent pro Tag oder 54, 70 Euro pro Jahr für jeden in der Einrichtung Beschäftigten.

Dies wird aus den Kostensätzen finanziert "Damit finanzieren wir Fortbildungen, Hilfsmittel wie Plakate und Flyer sowie die Büroausstattung", sagt Margret Moravec, die Vorsitzende der LAG WR RLP. Oft habe sie von Kollegen gehört, sie könnten nicht zu einer Weiterbildung fahren, weil es zu teuer sei. "Das Argument zählt jetzt nicht mehr." Auch die Beiträge für die LAG und die BVWR ließen sich hieraus finanzieren.

Sie sehen also hier als Beispiel wie sich Landesarbeitsgemeinschaften der Werkstatträte finanzieren können.

Denn am wichtigsten für uns Werkstatträte ist es
„Wir wollen keine Bittsteller mehr sein.“

Es kann nicht sein, dass wer sich für die überregionale Werkstattratsarbeit stark macht, abhängig ist, ob dies von seiner Heimatwerkstatt finanziert werden kann.

Der BVWR ist es jetzt nach zweieinhalb Jahren, dank BMAS und Aktion Mensch gelungen, ein Büro in Berlin und eine Assistenz zu bekommen. Besonderer dank gilt an dieser Stelle auch dem DRK

Endlich können wir uns unserer Kernaufgabe widmen.

Die Interessen der Werkstatträte und damit der Werkstattbeschäftigten zu stärken.

Aber um den Mut zu stärken, sich als Werkstattrat

außerhalb der eigenen Werkstatt zu engagieren brauchen wir Zeit und viel Energie.

Dies fängt schon in der eigenen Werkstatt an und setzt sich auf regionaler und Landesebene fort.

Wenn ich an die Mitgliederversammlungen der LAG WR in Baden – Württemberg denke, so hat es lange gedauert bis es gelungen ist.
Es ist dort eine Atmosphäre des Zusammenstehens und ein Wir Gefühl entstanden. Das Selbstbewusstsein in den regionalen Arbeitsgemeinschaften ist sehr gewachsen.
Dies gilt es auch weiterhin intensiv zu fördern und es den Werkstatträten zu ermöglichen über den Tellerrand der eigenen Werkstatt hinaus zu blicken.
Ich erinnere gerne in diesem Zusammenhang an Frau Stoss die zur Gründerzeit der LAG meinte
Wir wollen die Interessen aller Werkstatträte in BW vertreten, aber:
„Wir wollen kein Papiertiger sein!“
In einigen Punkten ist dies gelungen in Anderen leider noch nicht.
Wir wollen das Bindeglied sein zwischen Politik auf Landes und Bundesebene, Verbänden und den Werkstatträten.

Die Werkstatträte sind Experten in eigener Sache.
Warum nutzen wir in Baden Württemberg dieses Wissen nicht aus.
Als ich an Fachkonferenzen zum Thema Persönliches Budget teilnahm, habe ich dort immer angeboten das die Werkstatträte gerne zu Diskussionen und zur Mithilfe bereit sind.
In einem Gespräch zum persönlichen Budget regten wir an, mitzuarbeiten die Ängste und Vorurteile von Betroffenen abzubauen.
Leider kam man nicht auf dieses Angebot zurück.

Wir regten an, sich an einem runden Tisch mit dem Thema auseinander zu setzen.
Man sagte uns zu, dass dies eine gute Idee sei.
Auf dies runden Tisch warten wir in BW noch heute.
Dies finde ich sehr schade.

Während meiner Tätigkeit als Vorsitzender der BVWR habe ich aber auch einige Beispiele erlebt, die mich hoffnungsvoll stimmen.
Es erfüllt mich mit Stolz, in Rheinland Pfalz und Nordrhein Westfalen die Gründung der LAG WR feiern zu können.
Das dies im Landtag stattfand, war für mich ein Zeichen der Wertschätzung der Arbeit der Werkstatträte in diesen beiden Bundesländern.

Es würde mich mit Stolz erfüllen, wenn diese Art der Wertschätzung den Werkstatträten in allen Bundesländern erwiesen würde.
Es war für mich eine große Freude zu beobachten, wie selbstbewusst die Werkstatträte dann dort Ihre Interessen vertreten. Es war für die dort Anwesenden ein Signal.
Wir werden jetzt von den Politikern als Experten in eigener Sache anerkannt.

Es gibt so viele Neuerungen, die für uns als Werkstatträte von Bedeutung sind. Ich möchte hier nur das Persönliche Budget, Unterstützte Beschäftigung, virtuelle Werkstatt nennen.

Wir als Werkstatträte möchten diese Neuerungen kennen lernen.

Denn nur wenn wir selbst darüber Bescheid wissen, können wir unsere Kollegen beraten.

Wir wollen nicht nur von den Geschäftsführern erklärt bekommen, was eine Integrationsfirma ist, wir wollen sie uns selbst ansehen und dort mit den Beschäftigten sprechen.

Auf einem Kongress in Hamburg fragte ich: „Warum erklären uns immer nur die Geschäftsführer oder Gruppenleiter wie das bei einer Integrationsfirma ist?“

Gibt es keine Beschäftigten die das können?“

Antwort: „Die müssen arbeiten, die haben für so was keine Zeit.“

Wir wollen, dass sich dies ändert.

Wir wollen in die Lage versetzt werden, dies selbst zu tun.

Wir wollen diese Dinge mit eigenen Augen sehen und mit Betroffenen reden.

Wir wollen eine Politik auf Augenhöhe.

Nur dann können wir bei unseren Kollegen bestehende Ängste abbauen und Mut machen auch mal etwas Neues auszuprobieren.

Aber an allererster Stelle steht immer noch das Wunsch und Wahlrecht.

Die BVWR begrüßt jede gelungene Vermittlung aus der Werkstatt auf den freien Arbeitsmarkt.

Aber was der Betroffene will, soll er bestimmen und nicht der Fachausschuss.

Wir wollen, dass jeder frei entscheiden kann, was für ihn im Moment der richtige Arbeitsplatz ist und nicht der Kostenträger.

Wir sind offen für Veränderungen aber wir sagen auch, dass für einen Großteil der Betroffenen die Werkstatt der richtige Arbeitsplatz ist.

Wir als BVWR haben auch noch einige Dinge erreicht.

Wir wurden auch als Sachverständige in eine Anhörung im Bundestag eingeladen.

Wir treffen uns regelmäßig mit Silvia Schmitt, der behindertenpolitischen Sprecherin der SPD.

Wir laden einmal im Jahr die behindertenpolitischen Sprecher aller Fraktionen zu einem runden Tisch ein.

Es wird Zeit, dies auch auf Landesebene umzusetzen.

Außerdem wurden wir in eine Arbeitsgruppe des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales zur Neuordnung der Eingliederungshilfe eingeladen.

Ich habe dann zu meinen Kollegen gesagt:

„Dort ist eine größere Paragraphendichte als bei einem Plädoyer von Staatsanwalt Römer in der TV Serie *Richterin Barbara Salesch*.“

Dort ging es hauptsächlich um die Weiterentwicklung der Werkstätten.
Ich war übrigens wieder der Exot, der einzige Betroffene.

Es ist wichtig, dass auch dort die Stimme der Betroffenen mehr gehört wird.
Ich mache oftmals die Erfahrung, dass viel über uns geredet wird, aber nicht mit uns.
Der behinderte Mensch soll die Hilfe jetzt „Personenzentriert“ bekommen.
Man könnte auch sagen Teilhabe, der Mensch im Mittelpunkt.

Ein von mir sehr geschätzter Kollege, der versuchte ein persönliches Budget außerhalb einer Modellregion zu beantragen, sagte, man könnte es eher so formulieren
„Teilhabe, der Mensch im Mittelpunkt, da steht er im Weg.“

Dies darf nicht so sein. Wir müssen es schaffen, den Menschen wieder in den Mittelpunkt zu stellen. Eben Personenzentriert.

Aber es ist leider Realität, dass ich als behinderter Mensch oftmals nur noch als Kostenfaktor wahrgenommen werde.

Personenzentriert bedeutet für mich dass ich als Werkstattrat und als Betroffener ernst genommen werde. Das man mit uns spricht, anstatt nur über uns.

Das wir aus der Anonymität der Statistiken heraustreten und als Menschen wahrgenommen werden.

Ich komme mir im Moment vor als wäre ich eine glühende Kugel, die jeder, der Sie im Moment auf seinem Schreibtisch hat, schnellstmöglich wieder loswerden möchte.

Kollegen von mir werden von den Kostenträgern von Einem zum Anderen geschickt.
Dies bedeutet für meine Kollegen großen Stress und Ängste. Gerade nach Ende des Berufsbildungsbereiches, wenn noch nicht feststeht, wie es weitergeht, ist dies sehr oft der Fall.

Als Ich auf einer Veranstaltung teilnahm, kam ich mir vor als ob nicht ich teilnehmen würde, sondern dass ein Geldschein auf meinem Platz sitzen würde.

Man redete dort von uns als Sozialhilfekarrieren. Vor allem aber wiederum man redet dort nur über uns. Es muss allen, die mit behinderten Menschen zusammenkommen klar sein, nicht über unsere Köpfe hinweg zu bestimmen, sondern gemeinsam mit uns.

Mir ist bewusst, dass dies ein Lernprozess ist und das es einige Zeit dauert, bis man sich daran gewöhnt hat, dass Werkstatträte für sich selbst sprechen, das Sie Ihre Bedürfnisse artikulieren und auch eigene Lösungswege präsentieren.

Um dies hinzubekommen brauchen wir den politischen Gestaltungswillen, vor allem aber die konkrete Tat. Nicht nur die Politik ist gefordert, sondern wir appellieren auch an die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege und der Selbsthilfe, uns bei unseren Mitgestaltungs- und Mitbestimmungsbemühungen zu unterstützen und in ihrem Handeln die Menschen mit Behinderungen in den oft genannten Mittelpunkt zu stellen.

Es kann nicht sein, dass der Kostenträger entscheidet ob der betroffene Mensch in die Werkstatt darf. Der Betroffene soll dies selbst entscheiden können.
Auch wenn dies eine WfbM ist. Auch die Wahl des Ortes an dem die WfbM liegt sollte nach den Wünschen des Betroffenen möglich sein.

Doch was können wir tun um dies zu erreichen?

Die Bundesregierung hat für uns behinderte Menschen hierzu einige Gesetze beschlossen, die allerdings auf Kommunal- und Landesebene noch nicht umgesetzt sind.

Uns stehen einige Instrumente zur Verfügung um aufzuzeigen wie wir in Zukunft arbeiten möchten:

An erster Stelle steht für mich das persönliche Budget.

Ich kann mich noch gut erinnern, als die ersten Veranstaltungen zum persönlichen Budget durchgeführt wurden. Wie oben schon erwähnt, ich war der Exot, ich war der Betroffene.

Als wir daraufhin von der Landesarbeitsgemeinschaft der Werkstatträte in Baden-Württemberg eine Fortbildung zu diesem Thema planten, ging es uns wie in folgender Anekdote:

*-Treffen sich zwei Yetis, sagt der Eine „ Du ich hab den Reinhold Messner gesehen!“
sagt der Andere: „Ach gibt's den wirklich?“-*

Es war uns nicht möglich einen Budgetnehmer zu finden, der uns Dinge über das persönliche Budget erklären konnte.

Nach langer Suche fanden wir einen -in Rheinland Pfalz-.

Auch bei anderen Veranstaltungen erklären oft nur Eltern oder Gruppenleiter oder Sozialarbeiter wie das so ist mit dem persönlichen Budget.

Jetzt komme ich zu einer weiteren Voraussetzung, wie wir in Zukunft personenzentriert arbeiten wollen:

Wir als Betroffene müssen auch verstehen, um was es geht.

Wir müssen gemeinsam daran arbeiten, die Voraussetzungen zu schaffen, damit Betroffene Mut fassen, dies selbst zu erklären.

Wir wollen die Personen fragen, die z.B. das persönliche Budget nutzen oder in einer Integrationsfirma arbeiten oder in der virtuellen Werkstatt.

Wir wollen diese Sachen erklärt bekommen.

Erst dann können wir sagen ob wir das auch so wollen.

Oder ob wir es Anders wollen.

Es ist von enormer Bedeutung das wir als Betroffene von Beginn an eingebunden werden.

Das wir von Anfang an „Mitten drin, statt nur dabei“ sind. Ist dies für die, wie mein Hamburger Kollege Wolfgang Simmons sagt, „Schwerst- Mehrfach- Normalen“ so schwierig.

Um personenzentriert leben zu können, müssen wir die Gesetzestexte verstehen.
Dann können wir unseren Kollegen erklären was dies bedeutet und welche Folgen die Gesetze für uns haben.
Nur dadurch können wir Ängste und Misstrauen gegenüber allem Neuen abbauen.

Es muss viel mehr Veranstaltungen wie hier und heute geben, damit wir unsere Wünsche und Vorstellungen wie wir in Zukunft inkludiert werden wollen, vorstellen können. Damit wir sagen können was wir wollen. Ob wir wirklich alle auf den freien Arbeitsmarkt wollen. Wie die Werkstatt in Zukunft aussehen soll.
Was ist wenn es nicht klappt auf dem freien Arbeitsmarkt oder mit der Integrationsfirma oder der Unterstützten Beschäftigung?
Können wir dann in die Werkstatt zurück?!

All dies sind offene Fragen, die wir beantwortet bekommen wollen.
Wir wollen uns auch ansehen, wie die behinderten Menschen in anderen Ländern leben und arbeiten.
Wir fragen: „Wie arbeiten Werkstatträte in der Zukunft?“ „Wie ist das in der virtuellen Werkstatt?“

Wir brauchen aber auch mutige Werkstattbeschäftigte, die sich trauen außerhalb der Werkstatt zu arbeiten und uns dann berichten, wie es Ihnen dort geht.
Wir brauchen mutige Politiker, die offen mit uns diskutieren und auch mal in der Werkstatt mitarbeiten
Wir wollen Selbstbestimmung!

Sie werden jetzt zu recht fragen:
„Warum erwähnt Herr Bollmer die UN Konvention nicht? Dort ist dies ja alles geregelt.“
Wir wollen an der Planung der Umsetzung der UN Konvention mit gestalten.
Doch dazu müssen wir die Texte verstehen.

Wir wurden von dem ehemaligen Sozialminister in NRW, Herrn Laumann, gefragt:
„Es ist halt toll, dass es jetzt eine LAG bei uns gibt. Dann können wir ja miteinander über die UN Konvention reden. Wenn ich nämlich die UN Konvention umsetzte, müsste ich eigentlich die Werkstätten abschaffen.....“
Als meine Kollegen dann die UN Konvention lasen sagten Sie, dass Sie die Texte nicht verstehen.
Aber es gibt ja die UN Konvention in einfacher Sprache.
Dort stehen dann folgende Texte:

Seite 91

Deutschland muss helfen, dass es Menschen mit Behinderung gut geht.
Dafür muss Deutschland viel tun.

Deutschland muss aber überlegen wie die Hilfe am besten ist.
Das bedeutet zum Beispiel:
Wenn eine Hilfe für einen Menschen zu teuer ist, muss Deutschland die Hilfe anders geben.

Seite 99

Wenn Menschen mit Behinderung sich fortbewegen wollen, darf das nicht zu teuer sein.
Zum Beispiel darf die Fahrt mit dem Bus nicht zu teuer sein.
Weitere Beispiele in diesem Kontext stehen auf Seite 102, Seite 115 etc.

Ich möchte keineswegs, dass man mich missversteht.
Ich kritisiere in keinem Fall die Arbeit der Übersetzer in einfache Sprache.
Ich möchte nur eine Diskussion über die Ziele dieser Konvention anstoßen und dass wir als Betroffene rechtzeitig in die Planung der Umsetzung dieser Konvention eingebunden werden.

Vor zwei Wochen war ich dann zu einer Tagung in Frankfurt.
Dort berichtete dann ein Behinderter dass er versucht habe, den behindertengerechten Umbau eines Bahnhofes einzuklagen.
Er bekam einen mehrseitigen Ablehnungsbescheid vom Landratsamt.
Mit der Begründung dass, um das Recht einzuklagen zu können zwei Voraussetzungen erfüllt sein müssten.
Ich kann diese aus dem Gedächtnis leider nicht zitieren.
Darauf hin stritt man eine halbe Stunde darüber, ob die UN Konvention ein Gesetz sei oder nicht.
Das hat mich total frustriert. Wenn also erst einmal alles per Gericht abgeklärt werden muss, stimmt mich dies nachdenklich.

Auch die geplanten Grausamkeiten der Gemeindefinanzreformkommission (*In anderen Tagungen von Werkstatträten würde ich jetzt auf ein Meer von roten Karten mit der Aufschrift „Halt leichte Sprache blicken“*) erzeugen bei mir nur ein Gefühl der Ohnmacht.
Was ist mit unserem Wunsch und Wahlrecht?

Aus diesem Grund werde ich nicht weiter auf die UN Konvention eingehen.

Ich werde jetzt einfach kurz fordern:

Meine Werkstattratskollegen sind bereit an den Neuerungen intensiv mitzuarbeiten.

Sie brauchen hierzu die Unterstützung von Verbänden und Politik.

Sie wollen als kompetente Experten in eigener Sache anerkannt werden.

Sie wollen keine Papiertiger sein.

Sie wollen keine Bittsteller mehr sein.

Hierzu brauchen wir eine ausreichend Finanzierung für die Werkstattratsarbeit in allen Bundesländern.

Wir brauchen mehr Experten in eigener Sache

Wir brauchen hierzu Schulungen und Assistenz, damit alle in die Lage versetzt werden Ihre Teilhaberechte zu verstehen und um zu setzen.

Wir fordern die Umsetzung des Wunsch und Wahlrechtes jedes einzelnen Betroffenen.

So liebe Frau Döhner - Wieder.

Ich hoffe ich war nicht zu direkt und werde nicht aus Baden Württemberg wegen Renitenz ausgewiesen.

Wenn ich mit Tomaten beworfen werden sollte: Bitte keine in Dosen, weil das gibt Beulen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.